

Delegation Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau übergab Petition

Rund 2600 Unterschriften gegen Luftraumsenkung im Osten gingen ans Bundesamt für Zivilluftfahrt

ebi. In der Rekordzeit von ein paar Wochen hat der Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau 2600 Unterschriften gegen die geplante Absenkung des Luftraums über dem Hinterthurgau gesammelt.

Am Dienstag reiste eine Delegation von 15 Leuten nach Bern und übergab die 2600 Unterschriften dem Direktor des Bundesamtes für Zivilluftfahrt, Raymond Cron. Die zentrale Forderung der Petition lautet, den Hinterthurgau nicht zum Fluglärm-Abfallkübel zu machen und auf die geplante Luftraumabsenkung und -erweiterung zu verzichten.

In seiner engagierten Rede unterstrich der Präsident von Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau, Josef Imhof, dass es vernunftmässig nicht nachvollziehbar sei, warum für den Ostanflug mehr Luftraum beansprucht werde als für die etablierten Nordanflüge und den Südanflug. Im Bereich des Südanfluges werden bis 26 Kilometer vor die Pistenschwelle mit einer Luftraumuntergrenze von 1700 Metern über Meer gearbeitet. Es sei nicht einzusehen, warum im Osten die Luftraumuntergrenze schon 38 Kilometer vor der Pistenschwelle auf 1350 Meter über Meer (etwa 900 Meter über Grund) gesenkt werden müsse.

Ebenso stossend findet es Bürgerprotest Hinterthurgau, dass die neuen Lufträume vom Bazl mit Sicherheitsüberlegungen begründet werden. In der Gruppe sind auch namhafte Persönlichkeiten aus der Aviatik vertreten, unter anderem ehemalige MD-11-Kapitäne, die mit den sicherheitstechnischen Abläufen und Anforderungen bestens vertraut sind. Die Bürgerprotestgruppe hält daran fest, dass



Eine Delegation von Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau übergab eine Petition gegen die Luftraumsenkung im Osten an das Bazl.

eine Anhebung der TMA 4 A-Untergrenze im Bereich des Hinterthurgaus und ein Verzicht auf die Erweiterung der TMA über Wil hinaus weder die Flugsicherheit noch die Landekapazität auf die Piste 28 des Flughafens Zürich beeinträchtigt.

Wenn schon Sicherheitsüberlegungen, dann für die Bevölkerung: Jeder Aviatiker wird bestätigen, dass Anflüge aus dem Osten sicherheitstechnische Risiken bergen. Mit ihren Hügelzonen bis über 1000 Meter eignet sich die Region nicht für forcierte Flugstrassen. Auch der Flugzeugabsturz in Bassersdorf vor ein paar Jahren war ein Ostanflug.

Die Mitglieder des Bürgerprotests Hinterthurgau sind überzeugt von der Wichtigkeit der internationalen Anbindung von Zürich an die Welt. Aber sie sehen nicht ein, wieso der Osten mehr als

einen Viertel des Fluglärms tragen muss. Keine Region der Schweiz kann und darf diesen einfach auf die anderen abwälzen. Das ist einer Demokratie nicht würdig und ergibt das unguete Gefühl einer Klassenjustiz. Insbesondere mit der geplanten Einführung des Instrumenten-Landesystems im Herbst 2006 wird diese Forderung hochaktuell, sollen doch dann siebenmal mehr Flüge als heute über dieses Gebiet abgewickelt werden. Experten nennen die Zahl von 150 000. Im Jahr 2005 wurden per 10. Dezember total 232 000 Flugbewegungen gezählt. Es liegt auf der Hand, dass die geplante Verteilung höchst unfair zu Lasten des Ostens geht und für die Region absolut katastrophale Auswirkungen hat. Wer bewusst Nachteile in Bezug auf Steuern, Infrastruktur, Arbeitsweg in Kauf genommen hat, um in einer ruhigen, ländlichen Gegend zu

wohnen, findet sich unvermittelt in einer Hauptflugschneise wieder.

In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist, dass die Flughafenbetreiberin Unique an ihrer Wachstumsprognose von 400 000 Flugbewegungen festhält, obwohl auch im 2005 die seinerzeit in einer Volksinitiative abgesegnete Zahl von 250 000 Flügen nicht erreicht wurde.

In diesem Sinne appellierte Bürgerprotest Fluglärm Hinterthurgau eindringlich ans Bazl, den Osten nicht zum Lärmabfallkübel zu machen und auf die geplante Luftraumabsenkung und -erweiterung zu verzichten.

Mit persönlicher Präsenz unterstützten die Thurgauer Bundespolitiker Brigitte Häberli, Hansjörg Walter und Hermann Bürgi die Hinterthurgauer bei der Petitionsübergabe. Auch Kantonsrätin Ruth Mettler, eine Fluglärm-Frau der ersten Stunde, war mit der Delegation mitgereist. Die Forderung des Bürgerprotests wurde von Raymond Cron entgegengenommen. Das Bazl prüft nun, ob die Luftraumgrenze über dem Hinterthurgau höher als ursprünglich geplant angesetzt werden kann. Wie Cron versicherte, werden die Bedürfnisse dieser Region in die Überlegungen mit einbezogen. Ebenso sagte er deutlich, dass es keine gleichzeitigen Abflüge und Anflüge im gleichen Luftraum geben werde, das sei zu gefährlich. Verbindliche Zusagen konnte und wollte Cron keine machen. Die Gruppe Bürgerprotest Hinterthurgau wertet es als Erfolg, dass sie mit ihren 2600 Petitionsunterschriften in Rekordzeit im Bundeshaus vom Bazl-Chef empfangen und angehört worden ist. Sie wird das weitere Vorgehen im Prozess der Luftraumabsenkung genau verfolgen und den Dialog mit dem Bazl aufrechterhalten. Sie behält sich auch weitere Aktionen vor.